Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark. Girokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89 Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt"

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg. Familien- und Kleine Anzeigen .... 6 Pfg. Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg. Postscheckkonto Nr. 404 49 Amt Köln

Nummer 282 Fernsprecher Nr. 1 **Laasphe, Mittwoch den 3. Dezember 1930** **55. Jahrgang**

Neues vom Tage.

— Der Reichspräsident empfing am Dienstag den vom Badischen Landtag neu gewählten badischen Staatspräsidenten, Innenminister Wittemann.

— In dem Tarifstreit der Bankangestellten hat der Reichsarbeitsminister den Professor Dr. Brahn als Sonderschlichter bestellt. Die Verhandlungen finden am 10. Dezember 1930 statt.

— Bassanesi, dessen Strafzeit am 2. Dezember ablief, wurde aus dem Gefängnis entlassen. Er hat sich zunächst nach Basel begeben.

— Die Mitglieder der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Syrtzoff und Lominadse wurden aus dem Zentralkontrollkomitee ausgeschlossen.

— Der norwegische Ministerpräsident Mowinckel teilte in einem Vortrag über den Völkerbund mit, daß Mitte Dezember in Oslo eine Konferenz von Vertretern Dänemarks, Hollands, Schwedens und Norwegens zusammentreten werde, um über den norwegischen Vorschlag eines begrenzten Zollfriedens zwischen den vier genannten Ländern zu beraten.

Die neue Notverordnung.

□ Die Würfel sind gefallen: das große Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung ist auf Grund des Notstandsparagraphen der Reichsverfassung durch die „Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" vom 1. Dezember 1930 in Kraft gesetzt worden.

Die neue Notverordnung ist sehr umfangreich, sie umfaßt 87 Druckseiten. Der erste Teil enthält die Bestimmungen über die Abänderung der alten Notverordnung vom 26. Juli 1930. Hier wird die Erhebung der Gemeindegetränkesteuer auf das Rechnungsjahr 1931 (1. April 1931 bis 31. März 1932) beschränkt. Ferner werden die Arbeitslosen und die Sozialrentner aus der Gemeindebürgersteuer herausgenommen. Die Gemeindebürgersteuer selbst wird anders gestaffelt: für Personen mit einem Jahreseinkommen bis zu 4500 Mark beträgt sie mindestens 6 Mark jährlich, bis 6000 Mark 9 Mark, bis 8000 Mark mindestens 12 Mark. Die Höchstgrenze ist 2000 Mark bei einem Einkommen über 500 000 Mark. In der Krankenversicherung fällt die Krankenscheingebühr und die Arzneigebühr, die jeweils 50 Pfennig beträgt, fort für alle Erwerbslosen, Invalidenrentner und Unfallrentner, ferner für Tuberkulöse und Geschlechtskranke, soweit sie ihre Bedürftigkeit nachweisen.

Der zweite Teil der Notverordnung bringt sodann die Bestimmungen über das eigentliche neue Finanzprogramm der Reichsregierung. Zunächst wird bestimmt, daß die Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden für 1932 und 1933 in der Gesamtsumme der Ausgaben nicht höher sein dürfen als die für das Rechnungsjahr 1931. Sodann wird eine Kürzung der Gehälter um 6 Prozent vom 1. Februar 1931 verordnet und zwar für die Reichsbeamten und Soldaten der Wehrmacht, für die Warte- und Ruhegehaltsempfänger des Reiches und die Hinterbliebenen. Jahresbeträge unter 1500 Reichsmark bleiben von der Kürzung befreit. Für den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Reichsminister ist eine 20proz. Kürzung der Gehälter festgelegt. Die Länder und Gemeinden kürzen die Bezüge ihrer Beamten entsprechend, die Reichsbank und die Reichsbahn sowie die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften sind dazu ermächtigt. Die Geistlichen und Lehrer gelten als Beamte. Die Reichshilfe der Beamten wird nach Durchführung der Gehaltskürzung nicht mehr erhoben. Die Vorschriften über die Gehaltskürzungen treten ab 31. Januar 1934 außer Kraft.

Im Kapital III der Notverordnung werden die neuen Bestimmungen für die Tabaksteuer angegeben, das nächste Kapitel bringt die Vorschrift, daß die bisherigen Zuschläge zur Einkommensteuer für die Einkommen über 800 Mark, ferner die Ledigensteuer und die Tantiemensteuer für Aufsichtsräte auch im Rechnungsjahr 1931/32 erhoben werden. Weitere Kapitel regeln die Steuervereinfachung und die Steuervereinheitlichung im Sinne der Veröffentlichung der Reichsregierung vom 30. September. Bemerkenswert ist bei diesen und den folgenden steuerlichen Verordnungen, daß die Vermögensteuer erst bei Vermögen über 20 000 Reichsmark erhoben wird und daß Unternehmungen, deren Gesamtumsatz 5000 Reichsmark jährlich nicht überschreitet, von der Umsatzsteuer ausgenommen sind. Ein besonderes Kapitel ermächtigt die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats die bereits angekündigte Steueramnestie zu erlassen.

Sodann wird in zwei Kapiteln die Senkung von Real- und Verkehrssteuern behandelt. Die Grund- und Gewerbesteuer der Länder und Gemeinden wird ab 1. April 1931 gesenkt und zwar die Grundsteuer um 10 und die Gewerbesteuer um 20 Prozent. Der fünfte Teil der Notverordnung bringt den vorläufigen Finanzausgleich für die Jahre 1930/31, d. h. die Bestimmungen über die Verteilung der Steueraufkommen zwischen dem Reich und den Ländern. Der sechste Teil betrifft die Reichsbank. **Der Anteil des Reiches am Reingewinn der Reichsbank wird erhöht.**

Im siebenten Teil der Notverordnung wird die Wohnungswirtschaft in der bereits bekannten Weise geregelt. Dieser Teil gliedert sich in die Förderung und Verbilligung des Kleinwohnungsbaues, die Uebernahme von Bürgschaften zu seinen Gunsten und die Feststellung der Gemeinnützigkeit von Wohnungsbauunternehmungen. Teil acht der Verordnung enthält Maßnahmen zum Schutze der Landwirtschaft. Kapitel eins sieht Vorschriften für die Beimischung von Roggen vor. Das Gewicht des frischen Brotes, das auf dem Brot anzugeben ist, muß mindestens 500 Gramm betragen, die Zahl muß durch 250 teilbar sein. Sodann werden einige Zollmaßnahmen zum Schutze der einheimischen landwirtschaftlichen Produktion getroffen. Im neuesten und letzten Teil werden Vereinfachungen und Ersparnisse auf dem Gebiete der Rechtspflege vorgesehen. U. a. wird die Wertgrenze für die Zuständigkeit der Amtsgerichte über vermögensrechtliche Ansprüche auf 800 Mark erhöht. Die Gebühren für Rechtsanwälte in Armensachen werden herabgesetzt.

Das ist der hauptsächlichste Inhalt der neuen Notverordnung. Die Verordnung muß nach der Reichsverfassung dem Reichstag vorgelegt werden. Verlangt dieser ihre Aufhebung, so muß entsprochen werden. Die Verhandlungen des Reichskanzlers in den letzten Tagen mit den Parteiführern pflog, hatten den Zweck, eine Mehrheit gegen die Aufhebung der Notverordnung zustande zu bringen. Der Reichskanzler hat erklärt, daß er noch im Laufe dieser Woche die Abstimmung über den seitens der Oppositionsparteien zu erwartenden Antrag auf Aufhebung der Notverordnung verlangt. Wir werden also sehr bald klar sehen, ob die Verordnungen bestehen bleiben oder nicht. Da die Sozialdemokraten allem Anscheine nach gegen die Aufhebung stimmen werden, hofft die Reichsregierung, daß es bei ihrem **Programm bleibt.**

Vor der Schlacht

Sitzung des Auswärtigen Ausschusses. — Scharfe Auseinandersetzungen wegen der Deutschenverfolgung in Polen. — Um die neue Notverordnung. — Die Haltung der Parteien.

× Berlin, 2. Dezember.

Das Plenum des Reichstags wird bekanntlich am Mittwoch nachmittag wieder zusammentreten. Am Dienstag war der Auswärtige Ausschuß unter Vorsitz des Abg. Dr. Frick (Nat.-Soz.) versammelt, um sich mit der Unterdrückung der Deutschen in Polen und den von der Reichsregierung hiergegen zu unternehmenden Schritten zu beschäftigen.

Reichsaußenminister Dr. Curtius gab einen Ueberblick über diese Dinge, und es entwickelte sich eine lebhafte Aussprache. Die übliche Vertraulichkeit der Beratungen des Auswärtigen Ausschusses wurde diesmal besonders streng gehandhabt. Wie verlautet, ist es zu scharfen Auseinandersetzungen im Ausschuß gekommen. Die Haltung Deutschlands gegenüber Polen im Interesse der deutschen Minderheit hatte der Reichsaußenminister bereits vor dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei verteidigt und dabei auch begründet, weshalb er nicht auf der Einberufung einer Sondertagung des Völkerbundsrates zur Behandlung des deutschen Protestes bestanden habe. Er hatte noch hinzugefügt, sein Streben gehe nun dahin, zu erreichen, daß die polnischen Aufständischen-Organisationen gänzlich aufgelöst werden, damit die deutsche Minderheit in Polen endlich einmal Ruhe erhalte.

Haushaltsausschuß des Reichstags.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde am Dienstag über die zur Juli-Notverordnung vorliegenden Anträge abgestimmt.

Die Anträge auf völlige Aufhebung der Juli-Notverordnung wurden gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und der Kommunisten abgelehnt. Weiter wurde eine nationalsozialistische Entschließung angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, unverzüglich ein Gesetz vorzulegen, durch welches die Gemeindegetränkesteuer außer Kraft gesetzt wird.

Weitere sozialdemokratische Entschließungen, welche angenommen wurden, betreffen die Arbeitslosenversicherung, die Krankenversicherung und das Reichsversorgungsgesetz. Im wesentlichen sind diese Forderungen in der neuen Notverordnung berücksichtigt worden. — Damit waren die Abstimmungen erledigt, und der Ausschuß vertgte sich.

Politische Vorgefechte.

Nachdem das Kabinett Brüning nun auch die Notverordnung über sein Finanz- und Sanierungsprogramm durch den Reichspräsidenten hat unterzeichnen lassen, ist die Gefechtslage für den beginnenden Verhandlungsabschnitt des Reichstags gegeben. Die parlamentarischen Vorgefechte setzten am Dienstag bereits außerordentlich lebhaft ein. Mit besonderem Interesse wurde das Wiedererscheinen des Reichsjustizministers Dr. Bredt beobachtet, dessen Gesundheitszustand so gebessert ist, daß er im Reichstagsgebäude bereits beim Reichskanzler Brüning in dessen Amtszimmer in der Vorhalle des Reichsrates sich einfinden konnte.

Die Besprechungen darüber, ob im Interesse der Vermeidung politischer Schwierigkeiten in der Zusammensetzung des Kabinetts Herr Dr. Bredt auf eine Ablehnung seines Demissionsgesuchs eingehen werde, sind zur Zeit noch im Gange. Weiter hatten sich im Reichstag die Etats- und Finanzreferenten der hinter der Regierung stehenden Fraktionen eingefunden, um letzte Besprechungen mit den Regierungsbeamten über die neue Notverordnung zu führen.

Man rechnet in politischen Kreisen sicher damit, daß bei dieser Notverordnung die Regierung Brüning erfolgreich insofern sein wird, daß für die geschlossene Ablehnung sich keine Mehrheit im Reichstag findet. Die Reichstagsfraktionen selbst, soweit sie nicht bereits vorher sich verständigt hatten, haben ihre letzten Sitzungen vor der bedeutsamen Plenarsitzung angesetzt.

Was das Reichstagsplenum anlangt, so wird man nicht fehlgehen in der Vermutung, daß es nach vollzogener erster Lesung des Reichshaushaltes für 1931 und der neuen Notverordnung sich in die Weihnachtsferien begibt. Das könnte in spätestens einer Woche der Fall sein. Das Schwergewicht der öffentlichen Finanzsanierung verschiebt sich nunmehr wieder auf die Länder, die in ihren Parlamenten die Durchführungsbestimmungen zu der neuen Notverordnung durchzubringen haben. Der Preußische Landtag kommt am 15. Dezember zusammen. Bisher war nur die erste Lesung des Preußenetats für 1931 in Aussicht genommen.

Ultimatum an den Reichstag.

Der Reichskanzler wird am Donnerstag im Reichstag zum Etat und zur neuen Notverordnung eine große Erklärung abgeben, in der er namens der Reichsregierung verlangen wird, daß die Notverordnung am Samstag dieser Woche verabschiedet wird.

Er wird zur Begründung darauf hinweisen, daß der Zustand unserer Wirtschaft die schleunige Verabschiedung verlangt, wenn nicht ernste Gefahren entstehen sollen. Auch eine Beratung der neuen Verordnung im Haushaltsausschuß kommt nicht in Frage. Der Reichstag hat diesmal nur zu entscheiden, ob er die Notverordnung aufheben will oder nicht. Da man außerdem damit rechnen muß, daß ein Mißtrauensvotum eingeht, wird der Reichstag auch noch hierüber bis Samstag abstimmen, so daß die politische Situation am Ende dieser Woche vollkommen geklärt sein wird. Die Voraussetzungen dafür dürften in den Besprechungen des Kanzlers mit den Parteien geschaffen worden sein. Es ist wahrscheinlich, daß der Reichstag auch die nächste Woche zusammenbleibt, um laufende kleinere Vorlagen zu behandeln. Mitte Dezember würde dann die Vertagung bis vielleicht Ende Januar erfolgen.

Dietrich spricht.

Die erste Beratung des Etats für 1931 wird im Reichstag von Reichsfinanzminister Dietrich durch eine Rede eingeleitet werden. Der Reichskanzler wird voraussichtlich erst am Donnerstag das Wort ergreifen.

Der neueste Reichsbankausweis.

Weitere Zunahme der Gold- und Devisenvorräte.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 29. November hat sich in der Ultimowoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 668.1 Millionen auf 2443 Millionen Reichsmark erhöht. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 399.9 Millionen auf 2003.1 Millionen Reichsmark, die Lombardbestände um 170.2 Millionen auf 231.5 Millionen Reichsmark und die Bestände an Reichsschatzwechseln um 97.9 Millionen auf 105.9 Millionen Reichsmark zugenommen.

An Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen zusammen sind 693.2 Millionen Rmk. in den Verkehr abgeflossen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 647.0 Millionen auf 4601.3 Millionen Rmk. derjenige an Rentenbankscheinen um 46.2 Millionen auf 437.2 Millionen Rmk. erhöht. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbankscheinen auf 9.6 Millionen Rmk. ermäßigt. Die fremden Gelder zeigen mit 381.4 Millionen Rmk. eine Abnahme um 20.8 Millionen Rmk.

Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 15.1 Millionen auf 2704.8 Millionen Rmk. erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 65 000 Rmk. auf 2180 Millionen Rmk. und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 15.0 Millionen auf 524.8 Millionen Rmk. zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein verminderte sich auf 47.4 Prozent gegen 55.1 Prozent in der Vorwoche, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen auf 58.8 gegen 68.0 Prozent in der Vorwoche.

Die deutsch-französische Verständigung.

Was der Chef der deutschen Heeresleitung davon denkt.

Das „Echo de Paris" gibt einen Auszug aus einer Rede wieder, die der Chef der deutschen Heeresleitung General v. Hammerstein-Equord bei einem Essen anläßlich des Ausscheidens des bisherigen französischen Militärattachés in Berlin General Tournes am 10. November gehalten hat. General v. Hammerstein hat bei dieser Gelegenheit dem Blatt zufolge ausgeführt, man sei überzeugt, daß die Führer und Offiziere des französischen Heeres über die Bestrebungen und über die nationalen Notwendigkeiten des deutschen Heeres Bescheid wüßten. Die Berufsoffiziere vergäßen und verschmähten den nationalen Haß, der sich aus dem Kriege ergeben habe, wenn sie wüßten, daß die beiden Gegner nur gewissenhaft ihrer Pflicht als Bürger und Soldaten nachgekommen seien. Die Anerkennung dieser Lage sei der Ausgangspunkt eines gegenseitigen Verstehens und einer Verständigung, die er, Hammerstein, auf der Grundlage der Gleichheit der Verpflichtungen und der Rechte wünsche.

Dieser Verständigung, aus der sich eine sichere Freundschaft entwickeln könnte, widersetze sich das deutsche Heer keineswegs. Aber diese Freundschaft habe zur Voraussetzung, daß vor allem der Grundsatz der Gleichheit der Rechte anerkannt werde. Niemals werde ein Unterdrücker eine loyale Freundschaft mit einem Unterdrückten besiegeln. Ohne Loyalität gebe es keine wahre Kameradschaft. In jedem Falle wolle er auf die Gesundheit des Generals Tournes und auf das Wohl des französischen Heeres trinken.

Verzögerung der Abrüstungskonferenz.

Vor dem Schlusse der Arbeiten des Vorbereitenden Ausschusses.

Auf den bevorstehenden Abschluß der Arbeiten des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses in Genf ist es wohl zurückzuführen, daß man in Völkerbundskreisen neuerdings die Einberufung der Abrüstungskonferenz etwas mehr erörtert. Für die Benennung des Termins und des Ortes der Konferenz ist nicht der Abrüstungsausschuß, sondern der Völkerbundsrat zuständig, der sich in seiner Januartagung mit dieser Frage zu befassen haben wird. Ueber den Termin hört man die verschiedensten Meinungen. Gegen den November 1931, den die deutsche Regierung vorschlägt, werden schon jetzt Bedenken „praktischer Art" geltend gemacht. Die Mehrheit der im Abrüstungsausschuß vertretenen Regierungen scheint einen späteren Termin, und zwar Februar oder März 1932, zu wünschen.

Was den Ort angeht, so ist das Gerücht zu verzeichnen, es werde der Plan erwogen, Wien in engere Wahl zu nehmen. Was an dem Gerücht wahr ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Eine Abhaltung der Konferenz in Genf begegnet jedenfalls großen technischen Schwierigkeiten, da man mit einer außerordentlich großen Zahl von Konferenzbesuchern rechnet und Genf nicht die erforderlichen Einrichtungen besitzt.

Kolonie und Mutterland.

Kanada und England.

In der englischen Unterhaussitzung vom 25. November hatte der Staatssekretär für die Dominions Thomas aus Anlaß des konservativen Mißtrauensantrages die Gründe auseinandergesetzt, aus denen die britische Regierung auf der Reichskonferenz den kanadischen Vorschlag einer Reichsvorzugsbehandlung ablehnte. Thomas hatte bei dieser Gelegenheit diesen Vorschlag einen Humbug genannt.

Darauf hat jetzt in einem Interview an die Preß Association der kanadische Premierminister Bennett eine Antwort gegeben, die maßvoll in der Form, aber sehr scharf in ihrem Inhalte ist.

Der kanadische Premierminister sagte, die Haltung der britischen Regierung und die Ausdrucksweise des Staatssekretärs habe die kanadische Regierung tief verletzt. Wenn diese Ablehnung meines Vorschlages eine Ankündigung der Haltung der britischen Regierung auf der binnen zwölf Monaten in Ottawa abzuhaltenden Konferenz ist, dann besteht wenig Hoffnung, daß eine Vereinbarung, die dort etwa zwischen Kanada und den anderen Dominions erzielt wird, auch das Vereinigte Königreich einschließen wird. Die Kanadier werden dann eben genötigt sein, andere Mittel anzuwenden, um ihre wirtschaftliche Stellung in der Welt zu stärken.

Die polnischen Gewaltakte.

Eine Entschließung des Auswärtigen Reichstagsausschusses.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages nahm zu den Vorgängen bei den Wahlen in Polen eine Entschließung an:

„Der Auswärtige Ausschuß erwartet von der Reichsregierung, daß sie alle ihr zu Gebote stehenden Mittel benutzt, um zu erreichen, daß Polen gezwungen wird, von dem polnischen Kurse Abstand zu nehmen und der deutschen Minderheit den Genuß derjenigen Rechte zu gewährleisten, die ihr nach den Verträgen zustehen. Er erwartet ferner, daß die schuldigen polnischen Beamten bestraft werden, den geschädigten Minderheitsangehörigen eine angemessene Entschädigung für erlittene Unbill verschafft und vor allem die Wiederholung solcher empörender Vorgänge für die Zukunft unmöglich gemacht wird." Angenommen wurde auch eine nationalsozialistische Entschließung, worin die Reichsregierung ersucht wird, die Ratifikation des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens nicht zu vollziehen und alle Verhandlungen mit Polen zum Abschluß eines Handelsvertrages oder sonstige Abkommen unverzüglich abzubrechen.

Der Ausschuß stimmte dann einer Entschließung der Landvolkpartei zu, worin die Reichsregierung ersucht wird, so lange die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen zu suspendieren, bis dem Deutschen Reich von Polen in allen zurzeit bestehenden Differenzen volle Genugtuung gegeben worden ist.

Schließlich nahm der Ausschuß eine nationalsozialistische Resolution an, worin die Reichsregierung ersucht wird, auf Grund der vom Vertreter der deutschen Republik selbst festgestellten Weigerung der Mehrzahl der Teilnehmer des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses, ihren Abrüstungsverpflichtungen nachzukommen, die deutsche Vertretung aus Genf sofort zurückzurufen und nur einen Beobachter dort zu belassen. Dieser Antrag wurde mit 13 Stimmen der Nationalsozialisten, der Kommunisten, Christlich-Sozialen, Deutschnationalen und Landvolkpartei gegen 12 Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei angenommen.

Straßenbahnerstreik in Chemnitz.

Terrorakte.

In dem Streit zwischen dem Rat der Stadt Chemnitz und den Straßenbahnern wegen der Einführung der 40-Stunden-Woche hatten die Straßenbahner ein befristetes Ultimatum gestellt, die Kündigungen zurückzunehmen. Der Rat beschloß, das Ultimatum abzulehnen. In einer Belegschaftsversammlung der Straßenbahner wurde mit erdrückender Mehrheit beschlossen, sofort in den Streik zu treten. Die mit arbeitswilligen Straßenbahnwagen waren an den verschiedenen Stellen der Stadt Sabotageakten des streikenden Personals ausgesetzt.

Die Polizei teilt uns hierzu mit: An verschiedenen Stellen der Stadt wurden nachts zur Verhinedrung des Straßenbahnverkehrs barrikadenartige Hindernisse errichtet. Als Mateial wuden außer Holzpfählen umgeworfene Lastwagen, z. T. beladen, verwendet. Teilweise wurden die Schienen mit Holz und Steinen verkeilt oder durch losgerissene Gitterzäune versperrt. Die Polizei, die teilweise die Feuerwehr zur Hilfeleistung zuzog, ist es aber gelungen, die Barrikaden zu beseitigen. An einer Stelle in der Halm- und Dresdenerstraße ist versucht worden, einen Straßenbahnwagen umzuwerfen. Außerdem sind Wagen an verschiedenen Stellen der Stadt mit Steinen beworfen worden. Eine Anzahl Personen wurde festgenommen, darunter die beiden kommunistischen Führer des Betriebsrates Naumann und Schubert.

Als ein Demonstrationszug streikender Straßenbahner und Arbeitsloser durch die Zschoppauer Straße kam, kreuzte ein Straßenbahnwagen seinen Weg. Hetzer forderten die Menge auf den Wagen umzustürzen, die Straßenbahner herauszuholen und zu verprügeln. Im Moment des Angriffs der Menge kam ein Polizeiauto dazu, auf dem nur 20 Mann waren. Die Polizeibeamten schützten Wagen und konnten unter Anwendung des Gummiknüppels die Massen zurückdrängen, wurden aber gleichzeitig im Rücken von ungefähr 500 Mann angegriffen. Nunmehr pflanzte die Polizei das Seitengewehr auf. Es gelang ihr, die Menge von sich zu halten und in die Seitenstraßen abzudrängen. Die angegriffene Straßenbahn konnte weiterfahren.

Der Moskauer Industrieprozeß.

Weitere Selbstbezichtigungen der Angeklagten.

In seiner letzten Sitzung kam der Oberste Gerichtshof in Moskau, einem Bericht der Telegraphenagentur der Sowjetunion zufolge, auf die Vernehmung der Angeklagten über ihre Schädlingstätigkeit auf dem Gebiete des Kraftwirtschaftsaufbaues, der Brennstofförderung und des Brennstoffabsatzes. Der Angeklagte Ramsin sagte aus, im Frühjahr 1927 habe die Industriezentrale noch unter der Führung von Paltschinski Direktiven ausgearbeitet, um die Entwicklung der Brennstofförderung aufzuhalten. Ferner sei die Lösung der Frage, von Moskau nach dem Donezbecken eine große Eisenbahnlinie zu bauen, mit allen Mitteln verzögert worden. Die Schädlinge in der staatlichen Planwirtschaftskommission traten für den Bau dieser Linie ein, während die in der Verkehrskommission tätigen Schädlinge die entgegengesetzte Meinung verfochten. Ferner suchte Ramsin zu beweisen, daß er sich persönlich bei seinen wissenschaftlichen Arbeiten und bei seiner Tätigkeit in dem von ihm geleiteten wärmetechnischen Institut nicht von den Grundsätzen der Schädlinge leiten ließ. Im Laufe des Verhörs mußte er jedoch zugeben, daß er auch im wärmetechnischen Institut die Ausnutzung praktischer wissenschaftlicher Erfolge zu verhindern suchte. Ramsin erklärte zum Schluß:

Durch die Schädlinge in der staatlichen Planwirtschaftskommission verzögerten wir die Stromlieferung des Donezbeckens und hielten dadurch auch die Mechanisierung der Kohlenförderung auf. Bei der Erörterung dieser Frage traten die Schädlinge des Obersten Volkswirtschaftsrates für die Elektrisierung des Donezbeckens auf, während sich die Schädlinge in der staatlichen Planwirtschaftskommission dem widersetzten.

Tardieus Stellung.

Durchaus nicht glänzend.

Die gleichen Bedenken, denen bereits das Petit Journal Ausdruck gegeben hat, daß nämlich die Stellung Tardieus durchaus nicht so glänzend, wie die von Tardieu vor der Presse abgegebene Erklärung wissen machen wolle, hegt auch die Morgenpresse. Die Beratungen, die Tardieu bis spät in die Nacht hinein mit den verschiedenen Ministern geführt hat, werden als charakteristisch für die Lage bezeichnet. Zwar will der „Matin" behaupten können, daß es sich weniger um den Untersuchungsausschuß der Kammer bei diesen Unterredungen gedreht habe, der sich mit der Affäre Oustric beschäftigt, als vielmehr um andere wichtige Fragen. Das Blatt schreibt, daß am kommenden Donnerstag im Senat Ministerpräsident Tardieu sowohl auf die Interpellation des Senators Hery als wahrscheinlich auch anderen Interpellanten antworten werde, denn Tardieu gehöre nicht zu denen, die dem Kampfe ausweichen. — In den Wandelgängen der Kammer und des Senats ging es außerordentlich lebhaft zu. Das „Journal" gibt die Gerüchte wieder, die im Umlauf waren. Danach sollte der Handelsminister Flandin die Absicht haben, zurückzutreten, ferner wurde erzählt, daß auch der Minister für öffentliche Arbeiten Pernot seinen Posten verlassen wollte. Schließlich wurde auch der Vermutung Ausdruck verliehen, daß der neue Justizminister Chéron auf Grund einer Meinungsverschiedenheit mit dem Arbeitsminister Laval seinen Posten verlassen werde.

Ministerpräsident Tardieu hat Mitgliedern der Presse gegenüber die in der Kammer verbreiteten Gerüchte, wonach während des Ministerrates die Angelegenheit Oustric erörtert und die Demission von Regierungsmitgliedern beschlossen worden sein soll, kategorisch dementiert und als Phantasien bezeichnet.

Politische Tagesschau

←■ **Das neue österreichische Kabinett.** Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, haben die Verhandlungen des heutigen Tages bereits zu einer prinzipiellen Einigung geführt. Der Heimatblock dürfte in dem neuen Kabinett nicht vertreten sein. Die Mitgliederliste soll lauten: Bundeskanzler Dr. Ender, Vizekanzler und Innenminister Schober, Handel Heinl, Unterricht Czermak, Ackerbau Thaler, Heeresminister Vaugoin, Finanzen Winkler. Das Justizministerium wird voraussichtlich einem Großdeutschen zufallen. Für das Außenministerium wird Seipel genannt und für das Ministerium für soziale Verwaltung der christlich-soziale Nationalrat Drexel.

Gegen die Notverordnung.

Berlin, 3. Dez. Die Deutschnationale Volkspartei und die Nationalsozialisten haben im Reichstag Anträge auf Aufhebung der Notverordnung vom 1. Dezember eingebracht. Die Nationalsozialisten stellten weiter einen Antrag auf Erteilung des Vertrauens des Reichstags an die Regierung Brüning. Von den Deutschnationalen ist ein Antrag im Reichstag eingegangen, wonach die Reichsregierung unverzüglich den Tributmächten mitteilen soll, daß Deutschland die Revision des Versailler Vertrages und der auf ihm beruhenden Tributlasten verlangt. Unverzüglich ist durch amtliche Noten allen Mächten zu eröffnen, daß das deutsche Volk das im Versailler Vertrag ihm abgepreßte Bekenntnis zur Schuld am Weltkriege förmlich widerruft.

Hauptausschuß des Preußischen Landtags.

Berlin, 3. Dez. Im Hauptausschuß des Preußischen Landtags wurde am Dienstag die Anträge zur Errichtung neuer pädagogischer Akademien beraten. Kultusminister Grimme führte aus, daß auf evangelischer Seite ein Jahresbedarf an Lehrern von rund 22 000 bestehe. Ostern 1931 würden noch 2760 evangelische Schulamtsbewerber vorhanden sein. Die Akademien hätten bisher 484 Bewerber entlassen. Wenn man noch ihr Ergebnis für die nächsten Jahre hinzurechne, würden 1934 und 1935 je über 1000 evangelische Lehre fehlen. Bei diesen Zahlen seien die drei von der Regierung vorgeschlagenen neuen Akademien bereits eingerechnet. Die Neugründung von evangelischen Akademien sei notwendig, wenn nicht auf evangelischer Seite ein erheblicher Lehrermangel entstehen solle. Auf katholischer Seite liege zwar ziffernmäßig ein derartiges Bedürfnis nicht vor; man müsse aber zu vermeiden suchen, daß auf katholischer Seite die praktisch-pädagogische Arbeit durch das Bestehen von zu wenigen Akademien in Rückstand komme. Aus diesen Gründen habe die Regierung für 1931 die Mittel für drei pädagogische Akademien in den Etat aufgenommen. Angenommen wurde mit großer Mehrheit der Antrag der Deutschen Volkspartei, von der Errichtung neuer pädagogischer Akademien bis auf weiteres Abstand zu nehmen.

Das Urteil im Spritschmuggelprozeß.

Berlin, 3. Dez. In dem großen Spritschmuggelprozeß wurde das Urteil verkündet. Von den 16 Angeklagten wurden 13 verurteilt und drei freigesprochen. Wegen bandenmäßigen Bannbruches in Tateinheit mit Monopolsteuerhinterziehung erhielt der Ingenieur Bauer ein Jahr zwei Monate Gefängnis und Geld- und Wertersatzstrafen von insgesamt 525 000 Reichsmark, Kommerzienrat Karl Lindemann wegen desselben Vergehens unter Einbeziehung der gegen ihn bereits erkannten Strafe wegen Betruges durch Kurstreiberei eine Gesamtstrafe von zwei Jahren neun Monaten Gefängnis sowie Geld- und Wertersatzstrafen von 275 000 Reichsmark, Otto Lindemann eine Gesamtstrafe von einem Jahr neun Monaten Gefängnis und Geld- und Wertersatzstrafen von 310 000 Reichsmark, der Angeklagte Rößler sieben Monate Gefängnis und 300 000 Reichsmark Geld- und Wertersatzstrafen, doch für die Gefängnisstrafe Bewährungsfrist. Die übrigen Angeklagten wurden zu drei bis neun Monaten Gefängnis, zum Teil ebenfalls mit Bewährungsfrist, und zu Geld- und Wertersatzstrafen bis zu 60 000 Reichsmark verurteilt. Die Brüder Karl und Otto Lindemann erhielten außerdem je drei Jahre Ehrverlust zuerkannt. Der beschlagnahmte Sprit wurde für verfallen erklärt. Das Motorboot „Inge" wurde beschlagnahmt.

In Wirtschaften nur Roggenbrot.

Berlin, 3. Dez. Der neueingeführte § 6a des Brotgesetzes bestimmt, daß in Gast-, Speise- und Schankwirtschaften Brot zum Genuß an Ort und Stelle nur angeboten, feilgeboten oder verkauft werden darf, wenn es einer der Vorschriften des § 1 entspricht, der von der Verwendung von Mahlerzeugnissen des Roggens zur Brotherstellung handelt. Wie hierzu mitgeteilt wird, ist diese Bestimmung dahingehend auszulegen, daß in Gast-, Speise- und Schankwirtschaften künftig überhaupt nur Roggenbrot zur Abgabe kommen darf, und zwar auch nur solches, das den Bestimmungen des § 1 entspricht.

Keine deutschen Militärinstrukteure in Rußland.

Berlin, 3. Dez. Eine Meldung der „Morning Post", die behauptet hatte, daß deutsche Offiziere unter der Führung des Generals Halm in der Sowjetunion als Militärinstrukteure tätig sind, ist, wie wir aus Kreisen des Reichswehrministeriums erfahren, völlig aus der Luft gegriffen. General Halm hat zwar vor einigen Monaten zu Studienzwecken in Rußland geweilt, aber er ist weder Militärattaché in Moskau, noch hat er irgendwelche Lehraufträge gehabt. Wenn die „Morning Post" übrigens behauptet, daß Deutschland nach dem Versailler Vertrag keine Militärattachés unterhalten dürfe, so ist auch dies unzutreffend. Deutschland ist die Unterhaltung von Militärattachés nicht verboten. Wenn Deutschland seinen auswärtigen Vertretungen keine Militärattachés beigibt, geschieht dies aus freier Entscheidung.

Eine Botschaft Hoovers an den Kongreß.

Washington, 3. Dez. Die Botschaft Hoovers an den Kongreß anläßlich der am 1. Dezember begonnenen Tagung enthält wenig über außenpolitische Fragen, außer der Feststellung guter Beziehungen zu allen Ländern und des Ausdruckes der Befriedigung über den Abschluß des Londoner Flottenpaktes. Die Botschaft kündigt an, daß eine Reihe Schieds- und Ausgleichsverträge sowie das Protokoll über den Beitritt zum Weltgerichtshof dem Senat zur Billigung vorgelegt werden würde. Hoover äußert sich dann ausführlich über die Ursachen der wirtschaftlichen Depression, unter der Amerika ebenso leide wie andere Nationen. Er sieht die Ursachen der Depression in der Spekulation, in der Ueberproduktion von Rohstoffen in aller Welt, in den Unruhen in Asien und Südamerika sowie den politischen Störungen in gewissen europäischen Ländern, ferner in Rußlands Methode, seine steigende Ausfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen auf den europäischen Märkten zu verkaufen, und schließlich in der großen Dürre, die die Vereinigten Staaten im Sommer heimgesucht habe.

←■ **Die Frage der Abrüstung.** J. A. Spender, der bekannte englische Politiker, beschäftigt sich mit einer Erklärung des Reichswehrministers Groener über die Abrüstungsfrage. Er schreibt im „News Chronicle": Die Erklärung Groeners muß ernst genommen werden. Sie bringt das zum Ausdruck, was nahezu alle Deutschen empfinden, daß nämlich Deutschland, wenn die anderen Nationen nicht abrüsten, sich mit seiner eigenen Abrüstung auf die Dauer nicht abfinden kann, da dies ein Zeichen der Ungleichheit wäre. Was wird dann werden? Keine sofortige Krisis wird kommen, aber ein allmählicher Zusammenschluß Deutschlands mit Italien und vielleicht Rußland und allen kleineren Nationen, die mit den Friedensverträgen unzufrieden sind. Auf diese Weise werden wir zurückkehren zu dem alten System der beiden Bündnisse, zu einem Rüstungswettrennen und zu dem bereits bekannten Ergebnis.

Aus der Heimat

Mittwoch den 3. Dezember 1930

—* **Stürmischer Wind reinigt die Luft. Wie war das** Wetter im November? Der November brachte uns eine Niederschlagssumme von 13 Millimeter. Das zehnjährige Mittel erfordert nur 48,9 Millimeter; im vorigen Jahre hatten wir 56,3 Millimeter. Den größten Niederschlag seit 1914 hatte mit 132,3 Millimeter der November 1928 und den geringsten mit 11, 1 Millimeter der des Jahres 1916. In diesem Jahre waren nur 7 Tage niederschlagsfrei, die sich auf die erste Monatshälfte verteilten. Das Temperaturmittel betrug 5,1 Grad; das zehnjährige Mittel ist nur 1,9 Grad. Nur zweimal seit 1914 betrug das Novembermonatsmittel mehr als 5 Grad, nämlich 1926 5,3 Grad, und 1928 5,1 Grad. Das tiefste Mittel hatte mit — 0,5 Grad der November 1921. In diesem Jahre bewegte sich die Temperatur zwischen 6 Grad Kälte und 12 Grad Wärme; es können aber Spannungen vorkommen zwischen 20 Grad Kälte (1919) und 15 Grad Wärme (1927). In den letzten vier Jahren hat die tiefste Temperatur im November keine 10 Grad Kälte erreicht, während in den vorhergehenden acht Jahren tiefere Werte vorkamen. — Die milde, feuchte Witterung wurde dadurch veranlaßt, daß unsere Landschaft meist von Teiltiefs der vom Ozean kommenden Tiefs überzogen wurde, wodurch bei uns warme tropische Luftmassen eingeführt wurden. Die stürmische Luftbewegung mit den starken Niederschlägen reinigte aber die Luft von Krankheitskeimen, denen eine ruhige Nebelluft in ausgedehnten Hochdruckgebieten viel günstiger ist. Und darum war der Gesundheitszustand der Bevölkerung besser als in anderen Jahren, wo die starken Grippeepidemien auftraten. Schon seit alter Zeit liebte man einen nassen November nicht; das alte Bauernsprichwort sagt: „Hat der November viel Regen gebracht, hat er die Gottesäcker bedacht". Für unsere Landwirte war der verflossene Monat recht günstig, da sich die Saat sehr gut entwickeln konnte, sodaß sie gut in den Winter kommt.

—* **Das neue Kirchenjahr.** Mit dem ersten Adventssonntage am 30. November nahm ein neues Kirchenjahr seinen Anfang. Es dauert bis zum 28. November 1931. Der heilige Abend fällt auf einen Mittwoch, der erste Weihnachtstag und Neujahr auf einen Donnerstag. Fastnacht ist am 17. Februar und Palmarum am 29. März. Der Karfreitag fällt auf den 3. April, Ostern auf den 5. und 6. April, Himmelfahrt auf den 14. und Pfingsten auf den 24. und 25. Mai. Dem Trinitatisfest am 31. Mai folgen die 25 Trinitatis-Sonntage. Das kirchliche Erntedankfest wird am 18. Oktober, das Reformationsfest am 1. November, der Buß- und Bettag am 18. und das Totenfest am 22. Novbr. 1931 gefeiert.

—* **Drei Preisausschreiben für Wandern und Jugendherbergen.** Der Reichsverband für Deutsche Jugendherbergen (Geschäftsstelle Hilchenbach) erläßt in dem Dezemberheft seiner Zeitschrift „Die Jugendherberge" 3 Preisausschreiben, die auch über die Kreise seiner Mitglieder hinaus Beachtung finden werden. Er sucht ein gutes, wirksames Laienspiel, ein einprägsames Wander- und Herbergslied und klare, bandfeste Wanderregeln für Wanderer aller Art. Es sind Preise im Gesamtwert von 1800 Mark ausgesetzt. Die näheren Bedingungen sind aus der obengenannten Zeitschrift zu ersehen, die bei jeder Ortsgruppe oder beim Reichsverband zu haben ist.

*

** **Rückershausen.** Lehrerwechsel. Ende ds. Js. verläßt Herr Lehrer Heidschötter unsere Gemeinde, um die Lehrerstelle in Sassenhausen zu übernehmen. Herr H. war hier acht Jahre unter schwierigen Schulverhältnissen mit bestem Erfolge tätig. Unsere zweiklassige Schule hat nämlich nur ein Klassenzimmer, in das sich beide Klassen teilen müssen. Neben seinem Dienst in unserer Schule hatte Herr H. auch den Unterricht in der 2. Klasse der Schule im benachbarten Oberndorf zu erteilen. Dazu kamen noch mißliche Wohnungsverhältnisse, da für den 2. Lehrer eine Dienstwohnung nicht vorhanden ist. Die Gemeinde dankt Herrn H. für seine treue Arbeit. Eltern und Schüler sehen ihn nur mit größtem Bedauern scheiden, und ihre besten Wünsche begleiten ihn in seinen neuen Wirkungskreis. — Wer der Nachfolger des Herrn H. wird, ist hier noch nicht bekannt.

*

Erndtebrück:

Eier-Sammelgenossenschaft. Am 30. November trat erstmalig der Vorstand der Eier-Sammelgenossenschaft für die Kreise Wittgenstein-Olpe-Siegen im Westf. Hof, Erndtebrück zusammen, um über den Geschäftsbetrieb im abgelaufenen Monat und die allgemeine Entwicklung der Genossenschaft zu beraten. Das Ergebnis des abgelaufenen Monats war ein durchaus befriedigendes, sodaß auch weiter eine günstige Entwicklung der Genossenschaft mit Sicherheit erwartet werden kann. Der Genossenschaft waren Ende des abgelaufenen Monats 94 Züchter angeschlossen mit einem Bestand von 13 113 Hühnern. Die Mitglieder verteilen sich auf die einzelnen Kreise wie folgt: Wittgenstein 36, Olpe 38, Siegen 18. Auf die der Genossenschaft zur Zeit noch nicht angeschlossenen Kreise Biedenkopf und Brilon entfällt je ein Mitglied mit 100 bezw. 400 Hennen. Im Monat November sind als Mitglieder neu hinzugetreten: aus dem Kreis Wittgenstein 2, aus dem Kreis Olpe 6, aus dem Kreis Siegen 5 und aus dem Kreis Brilon 1 Züchter. Im gleichen Monat kamen im ganzen 30 769 Eier zur Ablieferung, wovon 4542 auf die erste, 6640 auf die zweite, 9364 auf die dritte und 10 223 auf die vierte Woche entfielen. Dieses Ergebnis ist um so beachtenswerter, als der November wohl derjenige Monat ist, der den geringsten Ertrag in der Geflügelzucht erwarten läßt. Es erklärt sich dies daraus, daß die Junghennen zum überwiegenden Teil mit dem Legen noch nicht begonnen haben und die älteren Tiere ebenfalls zum großen Teil noch in der Legepause sind. Bei nicht zu ungünstigem Wetter im Monat Dezember wird man daher den Eieranfall schon auf das doppelte Quantum schätzen dürfen. Die Abholung der Eier, die bis zum 15. Februar nächsten Jahres wöchentlich einmal und von da ab wöchentlich zweimal erfolgt, sowie auch deren Absatz, erfolgte in einer alle Kreise befriedigenden Weise. Mit der Anlieferung der Eier sind unter diesen Umständen kaum nennenswerte Bemühungen für den Züchter verbunden, sodaß diese Annehmlichkeit allein schon geeignet ist, der Genossenschaft neue Mitglieder zuzuführen. Aber auch der Eierpreis und der verbilligte Futtermittel-Bezug tragen wesentlich zur Erweiterung der Genossenschaft bei. Der gesamte Eieranfall im Monat Novbr. wurde an die einschlägigen Geschäfte in den angeschlossenen Kreisen abgesetzt, sodaß eine Ablieferung an die Zentrale in Hamm nicht erforderlich war. Auch in Zukunft wird die Geschäftsführung ihr Augenmerk auf rasche und prompte Belieferung der Geschäfte hiesiger Gegend richten. Die Ware hat allgemein guten Anklang gefunden, sodaß bei der bisher geübten Sorgfalt auch in Zukunft Reklamationen als ausgeschlossen zu betrachten sind. Die Eier werden auf der Geschäftsstelle sämtlich durchleuchtet und jedes nicht einwandfreie Ei sowie verschmutzte und gewaschene ausnahmslos zurückgewiesen. Nur einwandfreie Eier werden mit dem Adlerstempel, dem Zeichen für das deutsche Frischei versehen und kommen als solche in den Handel. Alle Verkaufsstellen, in denen Eier der Genossenschaft verkauft werden, sollen durch entsprechende Schilder gekennzeichnet werden. Die Schilder gehen den Geschäften im Laufe dieser Woche zu. Nach den vorliegenden Ergebnissen hat der abgelaufene Monat alle Erwartungen, die an die Entwicklung der Genossenschaft gestellt werden durften, voll befriedigt. Wenn die deutsche Eiererzeugung weiter befriedigende Fortschritte macht, dürfte die Zeit nicht mehr fern sein, wo es gelingt, den Inlandsmarkt mit deutschen Frischeiern zu versorgen.

*

** **Berleburg.** Einbruchsdiebstahl. In der Nacht von Sonntag auf Montag wurde im Kaffee Schauerte in Berleburg eingebrochen. Die Täter nahmen alle Liköre mit, Schokolade und einen Mantel des Besitzers. Der Bestohlene wird dadurch fühlbar betroffen, da er auch selbst um das tägliche Brot schwer kämpfen muß. Den Tätern ist man noch nicht auf der Spur. Die Untersuchung wurde sofort eingeleitet.

Aus Nah und Fern.

— **Dillenburg.** Ablehnung der Bürgersteuer und Biersteuererhöhung. Die Stadtverordnetenversammlung hatte sich mit der Deckung des Defizits von 31 500 Mark zu befassen. Die vom Magistrat vorgeschlagene Bürgersteuer und erhöhte Biersteuer wurden abgelehnt.

— **Ziegenhahn.** Ein kapitaler Keiler zur Strecke gebracht. Einer der stärksten Keiler, die in Hessen ihre Fährte ziehen, den Jägern seit Jahren als der „alte Joseph" bekannt, ist von ein paar Jägern in der dem Hotelbesitzer Hermann Müller in Kassel gehörigen Jagd zur Strecke gekommen. Das kapitale Stück wog — aufgebrochen! — 336 Pfund. Der glückliche Jäger ist H. Reismüller-Kassel. Weidmannsheil!

— **Werdohl.** Beim Reinigen des Dienstrevolvers zu Tode gekommen. Am Samstag nachmittag war die Frau eines Oberlandjägermeisters damit beschäftigt, den Dienstrevolver ihres Mannes zu reinigen. Plötzlich löste sich ein Schuß und die Kugel drang der Frau ins Herz, die auf der Stelle tot war. Der Gatte befand sich zur Zeit des traurigen Ereignisses auf einem Dienstgang.

— **Münster.** Eine biedere Münsterländerin hatte ein paar junge Milchschweine in einem benachbarten Ort gekauft und wollte sie und sich selber mit der Eisenbahn nach Hause befördern. In ihrer Angst und Aufregung oder auch um ein paar Pfennige zu sparen, erkundigte sie sich bei einem sogen. Juxvogel, welches Billett sie für die kleinen Viecher lösen müßte. Der Böse gab ihr folgenden Rat: „Eine Kinderfahrkarte, es sind ja doch keine Erwachsene." Das Weiblein ging schnurgerade zum Schalter, wo es ein Billett für sich und zwei Kinder verlangte. Der Beamte, sehr pflichtgetreu, fragte die Frau, wie alt die Kinder denn seien, und erhielt die Antwort: „So vier bis fünf Wochen!" Der Beamte wollte jedoch gerne genauere Auskunft haben und meinte, wenn sie die Mutter sei, müßte sie doch wissen, wie alt ihre Kinder seien. Lakonisch kam die Antwort: „Fünf Wochen!" „Ja, wo haben Sie die denn?" „Im Sack!" Der Beamte, etwas Schlimmes ahnend, telephonierte sogleich die Landjägerei. Diese war auch bald zur Stelle und forderte das Weiblein auf, die Kinder zu zeigen. Da gingen dem Frauchen die Augen auf; zum großen Gaudium aller Umstehenden mußte sie wohl oder übel den Sack aufmachen, und es kamen statt zweier Kinder zwei nette kleine und saubere Schweinchen zum Vorschein. Von einer Bestrafung wurde Abstand genommen, denn sogar die strenge Behörde mußte lachen.

— **Eltville.** Liebestragödie. In der Nähe des Klosters Tiefenthal wurde die Leiche einer Frau und nicht weit davon ein schwer verletzter Schupobeamter aufgefunden. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um eine in Ehescheidung lebende Frau aus Friedberg handelt. Der Beamte hat seine Begleiterin, mit der er sich schon seit einigen Tagen im Rheingau aufhielt, durch zwei Schüsse getötet und dann anscheinend einen Selbstmordversuch verübt.

— **Ludwigshafen.** Schließung der Gasthäuser. Die Gastwirte haben beschlossen, ihre Betriebe so lange zu schließen und das Personal zu entlassen, bis die Regierung die zwangsweise angeordnete Steuern wieder zurückgezogen habe.

— **Berlin.** Der Zehngebote-Hofmann gestorben. In seiner Berliner Wohnung verstarb im 73. Lebensjahre der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete und Revolutions-Kultusminister Adolph Hoffmann. Eine Herzlähmung als Folge einer Grippe, die ihn seit zwei Wochen ans Bett fesselte, führte seinen plötzlichen Tod herbei.

*

Anschlag auf einen Personenzug.

Köln, 3. Dez. Auf der Strecke Horn—Bedburg fuhr ein Personenzug in der Nähe des Schrankenwärterpostens 2 Zieverich zwischen den Bahnhöfen Zieverich und Pfaffendorf auf einen Hemmschuh auf und wurde zum Halten gebracht. Der Hemmschuh war von Unbefugten auf das Gleis gelegt worden. Für Ermittlung der Täter hat die Reichsbahndirektion Köln unter Ausschluß des Rechtsweges eine Belohnung bis zu 500 Reichsmark ausgesetzt.

Hotelbesitzer und Gastwirte gegen die Schankverzehrsteuer.

Berlin, 3. Dez. Zur Wintertagung des Reichsverbandes der Deutschen Hotels, Restaurants und verwandten Betriebe traten heute etwa 100 Vertreter des Gewerbes aus allen Teilen Deutschlands in Berlin zusammen. Der Syndikus des Verbandes, Dr. Knapmann, machte der Regierung den Vorwurf, sie habe die Schankverzehrsteuer eingeführt unter dem Druck des Reichsfinanzministers Dietrich und seines preußischen Kollegen Dr. Höpker-Aschoff als eine untragbare, undurchführbare, unmoralische und unsoziale Sondersteuer, die nichts weiter sei als eine erhöhte Umsatzsteuer von unbeschränktem Ausmaße. Rechtsanwalt Hampe, der frühere volkskonservative Abgeordnete, bedauerte, daß auch sein Parteifreund Treviranus wie Herr Schiele und die übrigen Kabinettsmitglieder sich der Forderung Dietrichs gefügt haben. Die Getränkesteuer wirke besonders ungerecht dadurch, daß sie den Konsum im Hause, also auch bei den Gastereien der Minister und der reichen Leute steuerfrei lasse, während der Geistesarbeiter im Kaffee für seinen Tee und die Arbeiterfrau für ihre Brause Steuern zahlen müßten.

Streik in der hannoverschen Metallindustrie.

Hannover, 3. Dez. In der hannoverschen Metallindustrie ist infolge von Lohnstreitigkeiten die Arbeit eingestellt worden. Es feiern 7000 Arbeiter. Der Tarifvertrag war bereits zum 31. Oktober von den Arbeitgebern gekündigt worden. Da man sich aber über einen Verhandlungstermin nicht einigen konnte, ließ der Arbeitgeberverband in einem Anschlag bekanntmachen, daß mit sofortiger Wirkung die Akkordlöhne auf die seitherige Tarifbasis (Grundlohn plus 15 Prozent) zurückzuführen seien. Die Arbeitnehmer erblickten in dieser Maßnahme eine Kündigung und verlangten die Zurücknahme des Anschlags. Da dieser Forderung nicht entsprochen wurde, weigerten sie sich, die Arbeit weiterzuführen.

Raubüberfall auf einen Steuergeldtransport.

Bukarest, 3. Dez. Auf der Chaussee zwischen Kubei und Cahuli wurde ein amtlicher Transport von Steuergeldern im Betrage von 400 000 Lei, der nach Kischinew bestimmt war, von bewaffneten Banditen überfallen. Der Kutscher, der sich zur Wehr setzte, wurde niedergeschossen und die gesamte Geldsumme geraubt. Die Täter sind entkommen.

Geflügelzuchtverein für Erndtebrück und Umgegend.

Heute abend 8½ Uhr

Monats-Versammlung

im Vereinslokal Westfälischer Hof.

Aussprache über die Kreisvereins-Ausstellung in Laasphe und Anmeldung der Tiere.

Der Vorstand.

Wetterbeobachtungen

Wetteraussichten für Donnerstag: Fortdauer der trockenen und vielfach aufgeheiterten Witterung mit leichtem Nachtfrost.

Wetterbeobachtungen der Aufbauschule Laasphe.

Von heute, 3. 12., 8 Uhr vormittags

Temperatur:		—2° C
Barometerstand:	(gestern 776 mm)	779 mm
Feuchtigkeit der Luft:		95 %
Höchste Temperatur	(seit gestern 8 Uhr vormittags):	+5° C
Niedrigste Temperatur	(" " " "):	—2° C
Niederschlagsmenge	(" " " "):	— mm



Die jüngste Stadt Deutschlands.

Die Bahnhofstraße mit dem Rathaus in Mühlacker, das zugleich mit der Eröffnung des neuen Großfunksenders zur Stadt erhoben worden ist.

Sie haben es nicht nötig, eine
Nähmaschine
von auswärts zu beziehen.
Sie bekommen bei der Firma
Aug. Mittelmann in Laasphe
eine wirklich **erstklassige** und **erprobte**
Naumanns Nähmaschine
billiger und auch in der heutigen schweren Zeit unter den **günstigsten** Zahlungsbedingungen.
Schönstes Weihnachtsgeschenk.

LAASPHE ROO
Kammersänger Richard Tauber
singt und spricht
in dem
100proz. Ton- und Gesangsfilm
„Das lockende Ziel"
LICHTSPIELE

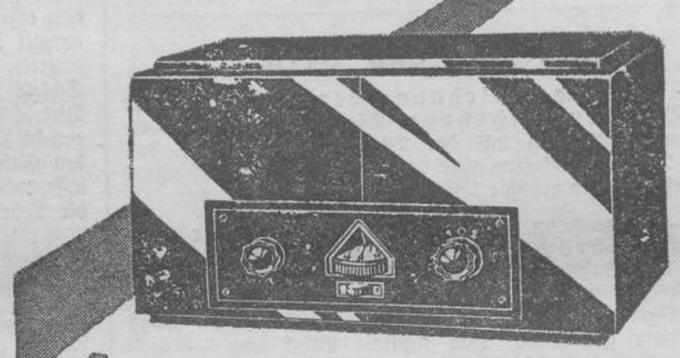
Photogr.-Atelier Kämmereit-Laasphe
täglich — auch abends — geöffnet.

Schöne, praktische
Weihnachts-Geschenke
sind stets willkommen!
Stoff zum hübschen Wollkleid, eleganten Seidenkleid oder auch zum Mantel.
Für den **Herrn** gute, solide **Anzugstoffe.**
In **Bettdamasten, Handtüchern, Schürzenzeugen, Hemdenstoffen u.s.w.** hübsche Muster in guten Qualitäten.
Für das Heim geschmackvolle **Gardinen, Vorhangstoffe, Dekorationsstoffe,** auch **Divandecken, Tischdecken, Vorlagen, Läuferstoffe u. s. w.**
Alles sind praktische Geschenke, die Sie **in unerreicht größter Auswahl** bei mir kaufen können. Ich trage den heutigen Zeitverhältnissen Rechnung durch **ganz besonders niedrige Preise!**
— Bitte überzeugen Sie sich. —
Das Stoffspezialhaus
Heinrich v. d. Emde
Marburg-Lahn, Universitätsstr. 22
Bis Weihnachten auch Sonntags geöffnet


Ausnahme-Tage!
bis Sonnabend den 6. Dezember.
Beim Einkauf von 3 Mark (ausschl. Zucker) **oder ½ Pfd. Kaffee** erhalten Sie
ein Weinglas
oder
eine Goldrandtasse!
Wir bieten an:

Gemüse-Erbsen	kg-D.	68 ₰
Junge Erbsen	„ „	85 ₰
Junge Erbsen mit Karotten	„ „	85 ₰
Leipziger Allerlei	„ „	1.05
Karotten, geschn.	„ „	0.48
Erdbeeren	„ „	1.60
Reineclauden	„ „	1.25

Thams & Garfs
Tel. 61 **Laasphe** Bahnhofstr.

Den müssen Sie sehen

Blaupunkt 300
JDEAL Blaupunkt RADIO
die bewunderte neue Drei-Röhren-Netzstation mit oder ohne eingebautem Lautsprecher für Gleich- oder Wechselstrom. Ein Überlandempfänger in herrlich gearbeitetem Nußbaumgehäuse, auch mit einem Hangriff als Schallplatten-Verstärker arbeitend – **und dennoch – bereits ab 120 Mark zuzügl. Röhren lieferbar.**
Hermann Schröder
Laasphe
Kirchplatz 4. Telefon **111.**

Ischias-, Gicht- u. Rheumatismus-
kranken teile ich gern gegen 15 Pfg. Rückporto, sonst **kostenfrei,** mit, wie ich vor 5 Jahren von meinem schweren Ischias- und Rheumaleiden in ganz kurzer Zeit befreit wurde.
J. Stieling,
Kantinenpächter,
Frankfurt/Od. 162
Jüdenstraße 6.

Auf zum großen Nikolauseinkauf!
Komme Freitag nach Laasphe mit prima Tafeläpfeln, 3 u. 4 Pfd. 1 Mk., **Süße Apfelsinen** 15 Stück 1.— Mk., **Birnen,** 4 Pfd. 50 Pfg., **Weintrauben, Bananen,** sowie frischer **Rosenkohl, Blumenkohl u. Rotkohl, Vollfettheringe,** 16 Stck. 1 Mk.
Alles riesig billig, billig.
Hermann Bröhl, Elberfeld

Garantiert reinen
Bienen-Schleuderhonig
empfiehlt
Ludwig Spies, Kunst.

Autofahrten
Omnibusfahrten
Fernruf 100.

Glückssucher / Roman von Erika Riedberg

14] Nachdruck verboten.

Sie schüttelten sich endlich noch wie gute Freunde die Hand.

„Auf Wiedersehen."

„Auf Wiedersehen. — Wenn du erlaubst!"

Als er fort war, fragte sich Wera: Streckt er die Fühler aus? Suchte er Verbindungen durch sie? Wer wollte es ihm verdenken?

Hatte man ihr nicht auch geholfen? Was wäre ohne Regkows Schutz aus ihr geworden?

Und trieb Robert Janek nicht dasselbe wilde Blut wie sie? Wie Marfa? Sie nahm sich vor, ihm nicht zu zürnen, trotz seiner Bissigkeiten, und wenn sich die Gelegenheit bot, ihm zu helfen.

9. Kapitel.

Robert Janek hatte nicht ganz die Wahrheit gesagt... Er besaß doch Beziehungen.

Schon bevor Wera die Heimat verlassen hatte, hatte er auf einer kurzen Urlaubsreise in Breslau eine Frau in mittleren Jahren kennengelernt, der er in einem Cafehaus aus einer Verlegenheit geholfen hatte. Sie faßte Vertrauen zu dem ernsten jungen Mann, fand sein Aeußeres sehr gediegen und interessant — und erzählte in kleinstädtischer Offenheit ihr bisheriges Lebensschicksal.

Der Mann war im Brandenburgischen Bauunternehmer gewesen. Nachdem er ein hübsches Stück Geld verdient, hatte er sich eines Tages an Lungenentzündung gelegt und war nicht wieder aufgestanden.

Nach einigen Jahren war sie nach Berlin gezogen zu einer inzwischen auch verstorbenen Schwester.

Nun besuchte sie hier in Breslau eine Freundin, denn manches Mal sei es ihr in ihrer Wohnung doch zu einsam. Robert Janek horchte mit allen Sinnen. Gewandt sagte er: „Oh, gnädige Frau! Sie einsam, das ist schwer zu glauben." Mit wirklich nettem Erröten hatte sie geschmeichelt bekannt:

„Ich hätte wohl noch eine Partie machen können. Aber heutzutage muß man vorsichtig sein. Alles sieht auf Geld ... und um das Geld will man doch nicht geheiratet werden."

Entrüstet hatte er sie unterbrochen. „Sollten Sie, gnädige Frau, im Ernst fürchten, es könnte ein Mann Sie nicht ausschließlich Ihrer persönlichen Vorzüge wegen erwählen?"

„Gott, Herr Janek, ich möchte fast sagen, Sie kennen die Welt nicht, wenn das nicht unbescheiden Ihnen gegenüber wäre. Aber glauben Sie, es ist schlimm, was man als alleinstehende Person erleben kann, wenn man nicht ohne Mittel ist."

„Ich weiß nicht, ob Sie Vermögen haben, aber —"

„Mein Mann hat mich gut gestellt zurückgelassen," sagte sie.

Janek fuhr fort, ohne scheinbar ihren Einwurf zu beachten: „Aber das weiß ich — eine Frau wie Sie wird um ihrer selbst willen gewählt. Sie bedarf des Geldes nicht."

„Ach, Herr Janek, Sie denken zu gut von den Menschen. Aber es freut mich, solchen Herrn kennenzulernen."

Sie streckte ihm ihre rundliche Hand entgegen, die mit kostbaren Ringen geschmückt war. Und Robert Janek beugte sich über diese Hand und küßte sie mit einer höheren Vorbildern abgelauschten Ritterlichkeit.

Als sie schieden, hatte er ihre Berliner Adresse, und sie sein Versprechen, sie dort aufzusuchen. Inzwischen wollten sie sich ab und zu schreiben, um sich nicht fremd zu werden.

Von diesem Abend an stand sein Entschluß fest. Er begann in Freudeck das Leben eines richtigen Geizhalses zu führen. Fast sein ganzes Gehalt legte er zurück. Er brachte eine Summe zusammen, die für den Anfang genügen konnte. Aus der Zeit seines Kaufmannsstandes hatte er gute Zeugnisse, ein vorzügliches aber über seine Vertrauensstellung beim Grafen — mithin konnte es nicht so schwer sein, in Berlin irgendwo anzukommen.

Jedoch als Stellenloser wollte er nicht zu Frau Westner, zur netten Witwe, kommen. Es würde ihm seine Ueberlegenheit nehmen. Und imponieren mußte er ihr. Einfach sie blenden mit Plänen und Erfolgen, so daß kein Mißtrauen in bezug auf ihr Vermögen in ihr auftauchen konnte.

Lange bevor er seine Entlassung vom Grafen Freudeck nahm, hatte er sein Eroberungsgebiet studiert, sich mit den Berliner Verhältnissen durch Zeitunglesen und geschäftliche Erkundigungen vertraut gemacht. Voller Kenntnisse ging er, vorbereitet mit einem fertigen Plan, an die Ausführung.

Er mietete sich ein nettes, wenn auch einfaches Zimmer. Zahlte, ohne zu handeln, gleich einen Monat im voraus. Er gewann so das Vertrauen seiner Wirtin.

„— ein feiner gebildeter Herr," sagte sie mit bezeichnendem Blick zu ihrer überreifen Tochter. „Kein solcher hochnäsiger oder Windbeutel, hinter dem nichts steckt und durch den alleinstehende Frauen nur trübe Erfahrungen machen müssen."

Und die Tochter seufzte und richtete ihre immer etwas geröteten Augen klagend nach oben. Sie beschloß, besonders gut für ihn zu sorgen. Er war noch nicht 8 Tage da, als sich das Herz der Frau Bartels ihm mütterlich zugewandt hatte.

Und Fräulein Auguste schrieb unter Seufzern und Tränen haarsträubende Reime in ihr gewissenhaftes Tagebuch. — —

Als kluger Rechner ließ er sich auch diese Chancen nicht entgehen. Morgens schon beim Frühstück machte er sich aus den Zeitungen Notizen.

In seiner vornehmen dunklen Kleidung, seinen tadellosen, beim Grafen erlernten Manieren mußte er tatsächlich Eindruck machen. Nach etwa zweiwöchiger Mühe glückte es ihm ...

Er bekam die Stelle eines plötzlich verstorbenen Angestellten im Bankhaus Fredens und Sohn. — Nicht allzu reichliches Gehalt, aber tadellose Firma.

Verschiedene Male war er auf seinen Gängen an dem Hause der hübschen Witwe vorbeigekommen.

Klug und überlegen, hatte er den Portier unter dem Vorwand, er bitte um Feuer, angesprochen und auszuforschen verstanden.

Ein Geldstück löste ihm noch mehr die Zunge, und so erfuhr Janek alles, was er wollte.

Die Frau Westner wohnte im zweiten Stock. Lebte ziemlich zurückgezogen und bekam auch viel Besuch. Nur in letzter Zeit war ein Herr gekommen, der früher ihren Mann gekannt hatte. Ein Versicherungsbeamter oder dergleichen sollte es sein. Janek notierte auch das.

Am Sonntag nach seinem Antritt bei der Bank ging er zu ihr. Der Portier erkannte ihn und grinste, ja ja! sie sei zu Hause. Oben ward er von einem jungen Dienstmädchen empfangen, das ihn in ein spießbürgerlich pruntshaftes Zimmer führte und dann eilends verschwand.

Im Nebenzimmer hörte Janek eine lebhafte Männerstimme plötzlich verstummen.

Aha, es schien ihm, er habe keine Zeit zu verlieren. Nach einigen Minuten trat Frau Westner ein. — Rundlich, rosig und etwas verlegen.

Sie streckte ihm beide Hände entgegen und sprach lebhaft auf ihn ein.

„Nein, Herr Janek, daß Sie wirklich Wort gehalten haben, ich dachte schon, Sie hätten mich ganz vergessen. Wo Sie auch nicht mehr geschrieben."

„Ich vergesse keinen, an dem ich einmal Anteil genommen, und ich halte immer Wort," sagte er mit seinem eindrucksvollen Ernst. Sie wurde rot wie ein junges Ding ...

Er hatte eben etwas zu Ueberlegenes. Eifrig hat sie ihn in das gemütliche Wohnzimmer. Ein Freund ihres seligen Mannes sei auch dort und werde sich die Bekanntschaft gewiß zur Ehre schätzen. Er fand einen robusten Menschen mit den Manieren eines Handlungsgehilfen, laut sprechend, protzig, ein wenig heruntergekommen ... Seine verblichene Eleganz konnte Janek nicht täuschen.

(Forts. folgt.)